

Nr. 15/1116

Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. April 2002
(Drucksache 15/1128)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 15/1117

Gesetz zur Änderung der Volksgesetzgebung im Land Bremen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 23. Oktober 2002
(Drucksache 15/1271)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 15/1118

Gesetz zur Einführung einer Gesamtrichtervertretung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Oktober 2002
(Drucksache 15/1272)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 15/1119

Strategien zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Einwohnerentwicklung im Land Bremen – Bericht der Steuerungsgruppe Arbeitsplätze/Einwohner –

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002
(Drucksache 15/1281)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1120

Gesetz zur Neuordnung des Bremischen Disziplinarrechts

Mitteilung des Senats vom 10. September 2002
(Drucksache 15/1235)
2. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 13. November 2002**

(Drucksache 15/1295)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/1121

Keine Finanzaufweisung für den übersteuerten Büroumbau des Bremerhavener Oberbürgermeisters

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 28. Oktober 2002

(Drucksache 15/1275)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/1122

Kleingartengebiete im Lande Bremen erhalten!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)

vom 28. Oktober 2002

(Drucksache 15/1277)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/1123

Bremisches Gesetz über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (BremHSLG)

Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2002

(Drucksache 15/1278)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/1124

Personalcontrolling Band IV:

Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999

Mitteilung des Senats vom 25. Juni 2002

(Drucksache 15/1186)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/1125

Personalcontrolling Band IV:

Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 1998/1999

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau

vom 5. November 2002

(Drucksache 15/1288)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau Kenntnis.

Nr. 15/1126

Keine Abschaffung der Tonnagesteuer

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU, der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2002
(Drucksache 15/1296)

Die Bürgerschaft (Landtag) hält die 1999 in Kraft getretene Tonnagesteuer für ein positives Instrument, um Gleichheit im Wettbewerb mit den europäischen Nachbarn zu erlangen und Arbeitsplätze in Deutschland nachhaltig zu sichern.

Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Notwendigkeit, die Tonnagesteuer auch in Zukunft zu erhalten, um

- den Hafen- und Werftenstandort Land Bremen nicht zu schwächen, sondern attraktiv für die Ansiedlungen deutscher, aber auch ausländischer Reedereien zu erhalten und zukunftsorientiert fortzuentwickeln,
- die positive Entwicklung seit 1999 bei den im deutschen Seeschiffsregister eingetragenen Schiffen nicht zu gefährden, sondern diese weiter fortzuführen,
- Arbeitsplatzverluste für deutsche Seeleute zu verhindern, denn durch die Abschaffung der Tonnagesteuer sind vermehrte Ausflaggungen aus dem deutschen Seeschiffregister zu befürchten,
- den Schifffahrtsstandort Deutschland nicht von den europäischen Entwicklungen abzukoppeln, denn der Tonnagesteuer entsprechende Regelungen gelten auch z. B. in den Niederlanden, Großbritannien und Dänemark.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich ferner gegen die Abschaffung des Lohnsteuereinbehaltes aus, sondern befürwortet diese Art der Lohnkostenbezuschung für Seeleute auch in Zukunft.